

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erste Ausgabe 1. Mai 1861, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.00 M., jährlich 15.00 M. Durch Träger und ausm. Bezugsstellen frei. Postmonatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.00 M., jährlich 15.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., halbjährlich 8.00 M., jährlich 15.00 M. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckgeschäftsbetrieb: Wiesbaden, Nikolaikirch. 11. Fernruf Nr. 5915, 5916, 5917. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 20 Pf., Restbezugspreise 1.-M.; außerhalb 20 Pf., Restbezugspreise 1.50 M., Seitenpreise 2.00 M. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 59

Mittwoch, 5. Februar 1919.

73. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Aus Anlaß von neuen Melodie-Veränderungen sind folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Ermittlung der seit dem 15. Januar demobilisierten deutschen Kriegsangehörigen, die in ihre Heimat zurückgeführt sind.
2. Die Stadtverwaltung wird für die Genauigkeit der Liste, die sie aufstellen hat, verantwortlich gemacht.
3. Die nach Ziffer 1 ermittelten Demobilisierten werden in das Lager von Griesheim verwiesen, wo sie einer Quarantäne von 15 Tagen unterworfen werden.
4. Bei ihrem Austritt aus dem Lager erhalten sie eine Bescheinigung darüber, daß sie diese Quarantäne von 15 Tagen abgelegt haben. Sie sind verpflichtet diese Bescheinigung jederzeit auf Verlangen der französischen oder deutschen Behörde vorzulegen.
5. Die Stadtverwaltung ist unter allen Umständen verpflichtet, der französischen Verwaltung sofort die Anwesenheit jedes neu eintreffenden in die Heimat zurückgeführten Demobilisierten mitzuteilen, der nicht nachweisen kann, daß er durch das Lager einer Armee vor seiner Rückkehr passiert ist, und daß er einer sanitären Quarantäne unterworfen worden ist.
6. Die Demobilisiertenmitglieder der unter Ziffer 1 ermittelten Demobilisierten werden an ihrem Heimatort durch die lokalen Behörden folgenden sanitären Maßnahmen unterworfen:

1. Entlassung, Desinfektion der Kleider, ärztliche Untersuchung auf die Dauer von 15 Tagen unter der Kontrolle eines französischen Militärarztes.
2. Diese sanitären Maßnahmen sind getroffen im eigenen Interesse der Bevölkerung, um sie vor ansteckenden Krankheiten zu bewahren.

Wiesbaden, den 3. Februar 1919.

2002

L' Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville.

Der Westdeutsche Freistaat.

Wie denkt die Bevölkerung darüber?

Die angekündigte selbstherrliche Ausrufung eines Westdeutschen Freistaates durch einige Personen in Köln ohne rechtzeitige Rücksichtnahme mit der innerhalb der geplanten neuen Staatsgrenzen wohnenden Bevölkerung ist nicht erfolgt; es wurde vielmehr ein Ausbruch eingeleitet, der die noch völlig ungeklärte Frage genügend vorbereiten soll, damit die endgültige Regelung von der Nationalversammlung vorgenommen werden kann. Damit ist die Anwesenheit ihres revolutionären Charakters entlarvt und auf den Weg der Lösung geführt, den wir schon am 1. Dezember vorigen Jahres gefordert haben. Wir können damals:

„Für erbärmlich halten wir es, wenn einzelne Teile Deutschlands sich absondern wollen in der Hoffnung, bei den Feinden guten Eindruck zu schinden und vielleicht beim Friedensschluss besser als die anderen Teile davonkommen. Wenn die Umwandlung der bisherigen Bundesstaaten noch besser als den alten Verfassungen der Macht vor sich gehen soll, so muß sie in gemeinsamer Arbeit geschehen und genügend legitimer Vertreter der nach Selbstständigkeit strebenden Stämme geschehen. Die Vorarbeiten müssen bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung beendet sein, jedoch diese als geordnete Vertretung des ganzen deutschen Volkes der Neuformung die staatsrechtliche Unantastbarkeit verleihen können. Was jetzt geschieht, ist ein Durcheinander- und Gegenüberarbeiten, wodurch das anarchistische Chaos in Deutschland nur noch erweitert und das Gezeir des völligen Zerfalls der deutschen Einheit in bedrohliche Nähe gerückt wird. Dem Zerfall der Einheit muß aber notwendig der Ruin des Deutschen Reiches folgen.“

Sollten die Herren, die den Gedanken faßten, eine Rheinische Republik zu errichten, rechtzeitig diese Mahnung beachtet, so wäre nachher nichts gewesen, was der Sache nicht förderlich sein konnte. Sollten sie ihre Gelüste, den neuen Staat aus eigener Machtvollkommenheit einfach zu diktiert, beschränken und sich von vornherein auf den Boden des Rechts gestellt, das dem Volk zusteht und das es nach den Erfahrungen vom 8. und 9. November nicht mehr aus den Händen nehmen läßt, dann hätten sie weise gehandelt. Die Form des Staatsrechts, in die sie bis zum letzten Augenblick die Umwandlung einzukleiden gedachten, hatte etwas von jener politischen und staatsrechtlichen Abenteuerlichkeit und Gewalttätigkeit an sich, die im November zur Herrschaft gelangte und das Deutsche Reich in das unheilvolle Unglück geführt hat, aus dem wir noch keinen Ausweg sehen. Zum Glück liegen in Köln die einsichtigen Elemente über die Romantik; der Staatsrechtler wurde angeschaltet und die Lösung der Frage auf eine breitere und gesündere Grundlage gestellt, mit der man sich unter der Voraussetzung, daß die Entwicklung ohne gewaltsame Eingriffe nun ihren Lauf nimmt, einverstanden erklären kann. Auf dieser Grundlage ist eine objektive Erörterung der Angelegenheit zur Pflicht geworden.

Es handelt sich bekanntlich darum, die Länder von der Nordsee bis zwischen Weser- und Emsmündung an, Oberrhein, Teile von Hannover und Westfalen, die Rheinprovinz, Rheinhessen bis zur Rheinpforte zu einem selbständigen West-

deutschen Freistaat zu vereinigen, und zwar als föderativer Staat im Rahmen der deutschen Republik. Es gäbe also einen westlichen deutschen Reichsteil von der Nordsee bis zur Grenze des ehemaligen Reichslandes. Die Erörterung der Angelegenheit hat zwei Seiten, eine sachliche und eine formale. Die sachliche Seite kann von jenen, die in der Erhaltung des alten Preußenstaates (welcher mit der Neubildung geradezu seine Schicksalsschicksal verlieren würde) einen wesentlichen, vielleicht den Hauptfaktor auch für die Erhaltung der deutschen Einheit erblicken, unter den obwaltenden Umständen öffentlich nicht genügend zur Geltung gebracht werden. Unter dem Zwang dieser Umstände muß vieles ungesagt bleiben, was zugunsten der Verteidigung Preußens in die Waagschale fallen würde. Dieselben Umstände erlauben es aber denen, die das wertvollste Stück Preußens zur Grundlage ihrer Neuanbahnung machen, so hinderlich zu sein. Das ist von vornherein ein Mißverhältnis, das den, der sich für die Erhaltung eines starken Preußens als Vor- und Schutzmacht der deutschen Einheit einzusetzen zu müssen, in die Hintergründe schiebt. Die deutsche Einheit muß aber als der Grundstein aller Erörterungen der Frage betrachtet werden. Allein, die deutsche Einheit kann uns im Innern die Kraft zum Wiederaufbau und nach außen das politische Ansehen zurückgeben, das nötig ist, um auf absehbare Zeit wieder die Interessen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes im internationalen Verkehr mit Nachdruck zu vertreten. Die am meisten wünschenswerte Lösung der Bundesstaatsfrage wäre wohl die Aufhebung aller Klein- und Einzelstaaten und die Errichtung eines einheitlich deutschen Zentralstaates ohne föderative Deszentralisierung. Dafür wäre vermutlich auch die große Mehrheit der jetzigen Preußen zu haben. Wenn man aber die Stimmen aus Süddeutschland hört, muß man den Eindruck gewinnen, als ob die ernstliche Ankündigung der deutschen Zentralisierungsfrage explosionsartig nach Süden und Norden auseinanderreißen würde. Der deutsche Einheitsgedanke scheint also noch nicht genügend im Volke verankert zu sein, um daraus den unzerbrechlichen deutschen Einheitswillen hervorgehen zu lassen. Die Zentralisierungsfrage des Reichs bleibt bei den Erörterungen daher am besten nach Möglichkeit aus dem Spiel.

Als zweiter, aber ebenfalls wichtiger Punkt kommt die formale Behandlung der Neuordnungssache in Betracht. Nach dieser Richtung kann man sich offener äußern; es ist daher auch verständlich, daß wir, als die Kölner Proklamation als unabwendbar bevorstehendes Faktum drei Tage vor ihrem angeblichen Termin veröffentlicht wurde, gerade hierauf nachdrücklich Gewicht legten. Wir hätten dies auch dann tun müssen, wenn wir uns die von dem Vertreter des Neubildungsgedankens vorgetragenen Gründe zu eigen gemacht hätten. Auch dann hätten wir die kategorische Forderung aufgestellt: keine Tatsachen schaffen, ohne vorher die Bevölkerung über die Bedeutung der Frage aufzuklären und ihre Meinung zu hören! Kein Pronuntziamento, sondern Entscheidung der Frage durch die geordnete Vertretung des Reichs und Preußens! Könnte man über die rein sachliche Seite verschiedener Auffassung sein, aber die sachliche Behandlung der formalen Seite kann es eine Meinungsverschiedenheit bei allen, die Recht und Ordnung höher stellen als eigene Wünsche, nicht geben. In Köln hat man diese wunde Stelle inzwischen erkannt, vielleicht aufmerksam gemacht durch den Widerspruch aus Wiesbaden und anderswoher. Und man handelte nunmehr so, wie ordnungsgemäß hätte von Anfang an gehandelt werden müssen.

Diese ordnungsgemäße Entwicklung der Angelegenheit erfordert, wie gesagt, eine vorurteilslose öffentliche Klärung der Frage; einerseits zur Aufklärung des Volkes über das, was beabsichtigt ist, andererseits zur Aufklärung des Ausdrucks und der Nationalversammlung über die Stimmung der Bevölkerung. Wir stellen daher die „Wiesbadener Zeitung“ zur Erörterung zur Verfügung und bitten um regen Meinungsaustrausch, jedoch in den Grenzen ruhiger Sachlichkeit, ohne Ausfälle gegen Personen und Parteien. Und noch eine Bitte: In ansehnlicher der Papierknappheit die Ausführungen möglichst kurz!

Als wesentliche Gesichtspunkte der Erörterung seien die folgenden empfohlen:

1. Ist eine Aufteilung Preußens der Einheit Deutschlands nützlich oder schädlich?
2. Welche Wirkung würde eine Aufteilung Preußens politisch und wirtschaftlich haben?
3. Wenn eine Aufteilung Preußens nicht zu verhindern ist, welche Lösung wäre einerseits im Hinblick auf die Einheit des Reichs, andererseits im Hinblick auf die Interessen Nassaus (Köln oder Frankfurt) am zweckdienlichsten?
4. Erörterung des staatsrechtlichen Standpunktes unter Zugrundelegung der Umwandlung Deutschlands in eine Republik.
5. Wie ist der Wille der Bevölkerung festzustellen — durch Volksabstimmung mit Ja oder Nein oder durch Befragung der Vorstände der Behörden, Gemeinden, Parteien und sonstigen größeren Verbände?

Aus nun, liebe Leser, ein Werk! Sine ira et studio — nur im Hinblick auf das Wohl der Heimat im richtigen Verhältnis zum Wohl der Allgemeinheit und zur Erhaltung der deutschen Einheit.

B. G.

Die Lage im Osten.

Aus Bromberg wird folgender amtlicher Bericht verbreitet: Am Samstag vormittag wurde Reichswalde nachmittags Schubin genommen. Drei Geschütze, mehrere Maschinengewehre und sehr viel Kriegsmaterial wurden erbeutet.

Ueber den Rücktransport der deutschen Truppen aus dem Osten teilt das Auswärtige Amt in Berlin mit: Die Nachricht, nach denen Dretsch-Eitow von den Bolschewiken befreit sein soll, entspricht nicht dem Tatsachen. Dretsch-Eitow, über das der Abtransport unserer Truppen aus der Ukraine stattfindet, ist noch wie vor in deutscher Hand.

Wie aus Polen berichtet wird, sind in der Nacht zum 12. Januar in dem sogenannten Kernwerk in Polen neben mehreren Deutschen, die man widerrechtlich als „Geiseln“ verhaftet hatte und in den Kellern der Festung „Interier“ wachte, von polnischen Soldaten ermordet worden. Infolge der dringenden Vorstellungen der preussischen Regierung hatte dann der Oberste polnische Befehlshaber eine Untersuchung anstellen lassen. Die „Untersuchung“ fand am Mittwoch vor einem polnischen Gericht statt und endete mit der Freisprechung der Mörder.

Eine Versammlung der Danziger Kaufleute nahm einstimmig folgende Entschliessung an: „Die am 28. Januar im „Artushof“ in Danzig auf Einladung des Vorstands der Kaufmannschaft in großer Zahl zusammengetretenen Danziger Kaufleute erklären, daß sie sich seit Jahrhunderten als treue Lieferanten des Danziger Handelslandes, daß sie fernab von den Kämpfen, Kriegen und Kämpfen, daß die deutsche Danzig, als Reich eiserne Fesseln an der Mündung der Weichsel, Polen und Westpreußen durchdringenden, durch ihre Beziehungen mit dem russischen Stromnetz verbundenen Weichsel war zu allen Zeiten der natürliche Umschlagplatz für den Verkehr zwischen dem weiten schändlichen Hinterlande bis zum Schwarzen Meere hin und dem überseeischen Ausland. Wie seine Vorväter will auch das letzte Geschlecht der Danziger Kaufleute mit den Nachbarationen in Frieden leben, Handel treiben, an fremder Kultur teilnehmen und eigene Kultur zur Geltung bringen. Der Danziger Kaufmann richtet seinen Blick auf Verbindung mit der Handelswelt der ganzen Erde, aber unentbehrlich warzelt er im Boden der deutschen Kultur und weiß daher jeden Gedanken der politischen Abtrennung Danzigs von Deutschland und des Übertritts zu einer anderen staatsrechtlichen Gemeinschaft als unerträglich und voll schwerer Zukunftsfahren zurück. Danzigs Handel gehört den Gewerbetreibenden der Welt, Danzigs Boden dem deutschen Vaterland!“

Die Sowjetregierung zum Frieden bereit?

WTB. Amherstham, 2. Febr.

Nach einem hiesigen Blatte meldet die „Times“ aus Washington, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß der Central-Sowjet in Moskau bereit sei, mit der Entente über den Frieden zu verhandeln, aber unter der Bedingung, daß die anderen russischen Regierungen die Bolschewiken als vorläufige, durch die Militärbehörden der Entente anerkannte Verwaltungsborgane betrachten und ihrerseits nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfen. Man erwartet auch, daß die bolschewistische Regierung die Durchsicht der Entente-Truppen von der Front bei Archangel und in Sibirien verlangen wird.

Ein Verschmelzungsprojekt?

Der Abgeordnete Rührmann mahnt, der „Frankf. Sta.“ zufolge, zu einer Verschmelzung der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Partei. Er gibt an, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationale Partei in der Nationalversammlung keine Gruppen seien. Angst und Stolz hätten unter den heutigen Verhältnissen aber nur große Parteien. Da auch schließ zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Partei kein Unterschied mehr zu erkennen sei, sondern beide Parteien in diesem Gegenstand zu der Sozialdemokratie und der Deutschen Demokratischen Partei hätten, wäre eine organisatorische Zusammenfassung durchaus angebracht und deshalb sei die Parole: „Einigt Euch!“

Die Gemeindevahlen.

In den bevorstehenden Gemeindevahlen hat der als führende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Berlin in seiner Sitzung am Dienstag folgenden Beschlusses gefaßt: „Der als führende Ausschuss für die Gemeindevahlen die Entscheidung über die Listenverbindung und die Aufstellung gemeinschaftlicher Listen mit anderen Parteien frei. Doch erachtet die Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit den sozialdemokratischen Parteien und der Deutsch-nationalen Volkspartei nicht zulässig.“

Der Rückgang der Kohlenförderung im Ruhrbergbau.

In der gegenwärtigen Zeit, wo jedermann unter der ständig zunehmenden Kohlennot mehr oder weniger zu leiden hat und unsere Industrie und die gewerbliche Arbeiterschaft in ihrer Existenz infolge des Kohlenmangels aufs schwerste bedroht sind, dürfen einige Mitteilungen über den Rückgang der Kohlenförderung seit Beginn des Krieges von Interesse sein. Im letzten Kriegsjahre (1913) war im Ruhrkohlenbergbau im Durchschnitt eine

